

Soziale Bewegungen in Kolumbien:

“Wir fordern unseren eigenen Raum für Friedensverhandlungen”

Interview mit Marylén Serna, Sprecherin des Congreso de los Pueblos, 3. Mai 2016

von Sergio Ferrari, Bern

Im Rahmen des neuen, durch den Dialog zwischen Guerilla und Regierung geschaffenen politischen Klimas in Kolumbien erheben die sozialen Bewegungen ihre Stimme, klagen an, machen Vorschläge und fordern einen eigenen Raum. Der Krieg ist nicht zu Ende. Der Paramilitarismus bedroht zunehmend einen Friedensschluss. Und es ist weiterhin eine wesentliche Herausforderung, die Mobilisierung der Bevölkerung zu intensivieren. Dies betonte Marylén Serna Salinas während ihres Besuchs in der Schweiz, als Teil einer Rundreise durch europäische Länder. Serna Salinas, Führungsperson einer Bauernbewegung im Cauca im Südwesten Kolumbiens, ist Sprecherin des Congreso de los Pueblos* und Teil der InitiantInnen für soziale Friedensverhandlungen, der „Mesa social para la Paz“.***

Was sind heute die wichtigsten Themen für den Congreso de los Pueblos?

Marylén Serna (MS): In erster Linie klagen wir die zunehmenden Aktivitäten der Paramilitärs mit schwerwiegenden Konsequenzen für die sozialen Bewegungen an. Zudem wollen wir unsere Pläne für einen landesweiten Streik bekannt machen, der für Mitte Jahr vorgesehen ist. Ebenso wie unseren Vorschlag für „soziale Friedensverhandlungen“, es soll ein Raum für Dialog und Verhandlungen auf nationaler Ebene für Frieden und Demokratie unter Einbezug der sozialen Bewegungen sein. Ein Ort, wo sich die sozialen Bewegungen und die institutionellen und wirtschaftlichen Kräfte gegenüber sitzen, von Angesicht zu Angesicht, um über die Probleme zu debattieren, die das Land betreffen, wirksame Lösungen für die sozio-politischen Konflikte zu finden, die den Ursprung für den bewaffneten Konflikt bilden. So soll die Grundlage für eine demokratische, gerechte, in Frieden lebende Gesellschaft hergestellt werden.

Was meinst du mit zunehmenden Aktivitäten des Paramilitarismus?

MS: Diese Gruppen haben nie aufgehört, in den verschiedenen Regionen des Landes aktiv zu sein. Wir als soziale Bewegungen haben dies zu spüren bekommen. Jetzt sind die Paramilitärs eher auf nationaler Ebene tätig, sie behindern den Friedensprozess und fordern von der Regierung, als politische Akteure anerkannt zu werden, was sehr beunruhigend ist. Hinzu kommt die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen, mit Verhaftungen, Drohungen, Prozessen, Morden und ein Anstieg der Zahl von Menschenrechtsverletzungen. Auch fehlen Garantien, die es uns erlauben, breit zu mobilisieren.

Soziale Bewegungen und Dialoge zwischen Regierung und Guerillas

Wie positioniert sich der Congreso de los Pueblos als Zusammenschluss von sozialen Bewegungen und Organisationen gegenüber den Dialogen zwischen Guerilla und Regierung?

MS: Wir behalten unsere autonome Perspektive bei. Wir fordern, dass ein Raum geschaffen wird, in welchem wir als soziale Bewegungen verhandeln, und in diesem Sinn fordern wir die Einrichtung von sozialen Friedensverhandlungen. Das Komitee, welches diesen Vorschlag vorbringt, besteht aus rund vierzig Organisationen, darunter Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Umweltorganisationen, Kirchen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, verschiedene Koalitionen etc. Das ist ein sehr breites und repräsentatives Spektrum.

Gab es im Rahmen der Dialoge zwischen der FARC und der Regierung die Möglichkeit der Partizipation für soziale Bewegungen?

Es bestanden gewisse Möglichkeiten, etwa in thematischen Foren, an welchen wir uns aktiv beteiligten. Aber diese Präsenz ist ungenügend.

Und im Dialog zwischen der ELN und der Regierung?

MS: Das können wir noch nicht beurteilen, weil der Dialog erst gerade lanciert wurde. Die Beteiligung der Gesellschaft ist als zentraler Punkt vorgesehen, aber wir müssen noch sehen, mit welchen Methoden dies umgesetzt wird. Von den Organisationen der sozialen Friedensverhandlungen besteht die Bereitschaft, sich an diesem Vorschlag der Partizipation zu beteiligen.

Anerkennt ihr trotzdem Fortschritte in den Dialogen und Verhandlungen?

MS: Wir anerkennen zweifellos die Wichtigkeit dieser Verhandlungen, aber wir bestehen darauf, dass wir einen eigenen Platz haben müssen, um unsere Forderungen als soziale Bewegungen auszudrücken. Wir führen einen historischen Kampf für den Frieden. In unseren Territorien haben wir alternative Programme aufgebaut, sowohl in den Bereichen der Wirtschaft, der Ernährungssouveränität, wir haben verschiedene Vorschläge zu Gesundheit und Bildung. Es ist grundlegend, dass diese Erfahrungen in den Friedensprozess einfließen und dass wir einen Mechanismus finden, um einen Raum zu schaffen, in welchem wir mit der Regierung diskutieren und unsere Modelle und reichhaltigen Erfahrungen einbringen können.

„Es besteht Verunsicherung und Verwirrung bei einem Teil der Leute“

Wie steht der/die DurchschnittsbürgerIn in Kolumbien zu der grossen Herausforderung der Friedenssuche und eurer Forderung, einen eigenen Verhandlungstisch einzurichten?

MS: Es braucht noch viel Arbeit, um an die breite Gesellschaft zu gelangen. Zweifellos haben frühere gescheiterte Verhandlungsprozesse Unsicherheit und Verwirrung geschaffen. Und es darf nicht vergessen werden, dass es auch mächtige Sektoren gibt, die sich gegen den Frieden stellen und die lieber eine Weiterführung des Konflikts hätten. Ein Teil der

Gesellschaft sieht den gegenwärtigen Prozess als sehr weit entfernt von ihrem Alltagsleben und ihrem Umfeld an. Und deshalb ist es sehr wichtig, dass wir die Alternative von sozialen Friedensverhandlungen aufzeigen, damit die Schaffung von Frieden näher bei der Gesellschaft ist und die Möglichkeit der Partizipation greifbar wird.

In diesem Rahmen der Verunsicherung wichtiger Sektoren planen die sozialen Bewegungen eine Mobilisierung Mitte Jahr.

MS: Es geht darum weiterzuführen, woran wir seit längerer Zeit arbeiten. Das Recht auf Protest auszuüben, zusammen mit wichtigen sozialen Akteuren, und den Vorschlag zu verteidigen, einen Raum zu schaffen, an welchem Politiken für das Land verhandelt werden, auch um zur Schaffung von Frieden beizutragen. Wir wollen die Mobilisierung simultan in verschiedenen Regionen des Landes durchführen, möglicherweise gegen Juni.

Was erwartet ihr für Unterstützung aus Europa und von der internationalen Gemeinschaft in diesem Moment?

MS: Dass wir mit einer aktiven Unterstützung für unsere Forderung und Mobilisierung rechnen können. Dass die Einhaltung der Menschenrechte und die Partizipation der Gesellschaft bei der Schaffung von Frieden gestützt werden. Wir möchten, dass es Stimmen im Ausland gibt, in Europa, die uns begleiten, wenn wir den Raum für soziale Friedensverhandlungen lancieren. Die das Recht auf Protest im Rahmen der Mobilisierungen in Kolumbien fordern. Wir wünschen uns Begleitung und aktive Präsenz von Regierungen, ParlamentarierInnen und der Gesellschaft in all diesen Prozessen. Wir wollen auch einen Raum für Partizipation für Kolumbianerinnen und Kolumbianer schaffen, die im Ausland leben.

** Der Congreso de los Pueblos ist ein Zusammenschluss zahlreicher sozialer Bewegungen und Organisationen, mit dem Ziel, eine Gesetzgebung von unten zu entwickeln und Mandate der Bevölkerung zu erarbeiten, die sich um die Verteidigung des Lebens und der Territorien sowie den Kampf für Souveränität drehen. Wichtiges Thema ist der Widerstand gegen Minenprojekte und Monokulturen, aber auch der Aufbau von Alternativen für ein würdiges Leben.*

*** Soziale Bewegungen, kirchliche, politische und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaften in Kolumbien rufen die Gesellschaft als Ganzes, die Regierung und die aufständischen Organisationen dazu auf, einen Rahmen zu schaffen, um auf die Beendigung des sozialen, politischen und bewaffneten Konflikts hinzuwirken. Diesen Raum des Dialogs und der Verhandlungen für Frieden und Demokratie nennen sie Mesa social para la Paz. Es geht darum, dass sich die Volksbewegungen mit den institutionellen und wirtschaftlichen Mächten treffen, um über die Probleme des Landes zu debattieren und wirksame Lösungen für die sozio-politischen Konflikte auszuhandeln, die den bewaffneten Konflikt bestimmen, und Grundlagen für eine demokratische, gerechte und in Frieden lebende Gesellschaft zu schaffen.*